

Wir werden den Kriegsfall nicht neu definieren

Wann soll die Bundeswehr künftig im Ausland eingesetzt werden, wo sind die Grenzen? Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Nürtinger Abgeordnete Rainer Arnold vermisst eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte darüber.

KAREN EMLER

■ *Nach dem Attentat auf die Bundeswehr wird der Ruf nach einer Strategieänderung in Afghanistan laut. Wofür plädieren Sie?* RAINER ARNOLD: In Afghanistan wird ständig nachjustiert und die Strategie angepasst. Das hat aber nichts mit dem tragischen Tod der drei Soldaten in Kundus zu tun. Die Deutschen haben zum Beispiel in den vergangenen Monaten verstärkt darauf hingewirkt, den zivilen Aufbauprozess mit der militärischen Sicherheitskomponente enger zu verzahnen.

M *Was bedeutet das?* ARNOLD: Die Amerikaner und Briten im Süden haben inzwischen erkannt, dass das Konzept der Wiederaufbauteams, das die Deutschen und auch die Holländer verfolgen, erfolgreich ist. Nun richten auch Briten so genannte Development Areas, also Entwicklungszonen, ein,

die einen ganz ähnlichen Aufbau haben.

■ *Die Linke fordert den Rückzug der Bundeswehr. Ist das eine Option?* ARNOLD: Nein, das Aufbau- und Stabilisierungsmandat Isaf muss auf jeden Fall fortgeführt werden. Wir können die Menschen dort nicht im Stich lassen. Dann fallen sie wieder unter die Schreckensherrschaft der Taliban, das Land wird zum Rückzugsraum, für Terroristen. Das können wir nicht wollen.



Rainer Arnold
hält an der
Afghanistan-
Mission fest.

■ *Und wie steht es mit der Operation Enduring Freedom, dem Anti-Terror-Mandat OEF?* ARNOLD: Bisher sind dafür 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte für den Einsatz in Afghanistan vorgesehen, die aber fast drei Jahre lang nicht mehr gebraucht wurden. Ob das auch für die Zukunft so bleiben muss - darüber können wir schon nachdenken.

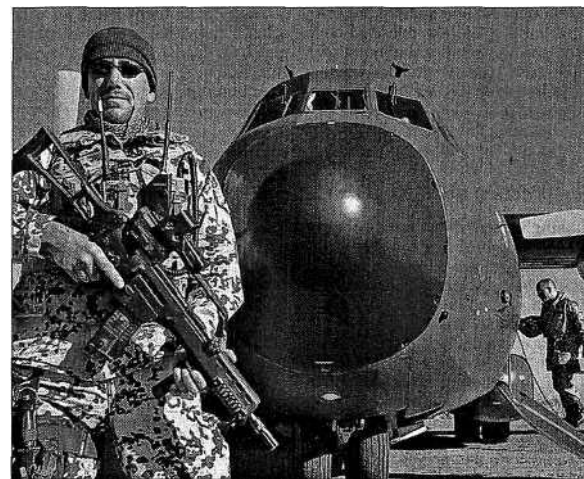
■ *Der Anti-Terror-Kampf in Afghanistan wird hauptsächlich von Ame-*

rikanern und Briten geführt. Ihr rüdes Vorgehen verärgert offenbar inzwischen auch die Bundesregierung. ARNOLD: Die Debatte um die Art der Kriegsführung in der OEF hat natürlich an Fahrt gewonnen, auch innerhalb Afghanistans. Deshalb muss auch Deutschland auf allen Ebenen bei dem Partner eine Strategieänderung einfordern. Natürlich muss man Terroristen auch robust bekämpfen, aber es kann nicht sein, dass so viele zivile Opfer in Kauf genommen werden.

V *Apropos robust. Sie waren zu Besuch bei der Unifil-Truppe vor der libanesischen Küste. Ist das deutsche Mandat nun robust genug?* ARNOLD: Alle Befürchtungen, die bei der Debatte in Deutschland ins Feld geführt worden sind, haben sich als unbegründet erwiesen. Bisher sind mehrere tausend Schiffe kontaktiert worden. Nur 26 Schiffe waren verdächtig. Sie wurden in sichere Häfen geleitet und von den örtlichen Behörden inspiziert.

■ *Das deutsche Unifil-Mandat endet Ende August. Bleibt es dabei?* ARNOLD: Wir sollten dieses Mandat um ein halbes Jahr verlängern, den Vereinten Nationen aber deutlich sagen, dass im Februar 2008 eine andere Nation die Führung übernehmen muss.

■ *Im Libanon herrscht Unruhe, das Land droht sich erneut zu destabilisieren. Wird die Unifil-Mission*



Ein Bundeswehrosoldat bewacht das Flugfeld im afghanischen Kundus. FOTO: dpa

eine weitere unendliche Geschichte? repräsentativ, aber sie ist ein Stimmbild, das wir ernst nehmen. Ohne Friedensprozess zwischen Israel und Palästina als Kernproblem dieser Region werden die Vereinten Nationen aus ihrer Verantwortung für den südlichen Bereich des Libanon und für die Küste nicht rauskommen.

M *Hörn von Afrika, Afghanistan, libanesischer Küste: Eine Befragung ergab, dass Bundeswehrosoldaten mit ihrem Job sehr unzufrieden sind.* ARNOLD: Diese Umfrage ist wenig

■ *Viele Soldaten beklagen, dass die deutsche Gesellschaft sich wenig für ihre Arbeit im Ausland interessiert.* ARNOLD: Leider ist es dem Verteidi-

gungsminister nicht gelungen mit seinem Weißbuch eine breite gesellschaftliche Debatte über die Legitimation der Auslandseinsätze anzustoßen. Wir brauchen aber dringend eine Diskussion über die veränderte Rolle Deutschlands in der Welt. Deshalb haben wir Verteidigungspolitiker für den Juni eine Grundsatzdebatte im Bundestag angemeldet, um über die Erfahrungen der 15 Jahre zu debattieren, in denen die Bundeswehr schon Einsätze im Ausland durchführt.

H *Und wie steht es mit dem Einsatz im Inland, den sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wünscht?* ARNOLD: Die Position der SPD dazu ist klar. Der Artikel 35 der Verfassung, der die Amtshilfe regelt, muss so formuliert werden, dass dort, wo polizeiliche Mittel fehlen, also in der Luft und innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone auf See, die Bundeswehr auch mit militärischen Mitteln einspringen kann. Das löst allerdings das eigentliche Problem, nämlich dass man laut Verfassungsgericht kein Flugzeug mit zivilen Opfern an Bord abschießen kann, überhaupt nicht. Dieses Dilemma ist auch gar nicht lösbar aus unserer Sicht. Wir werden auf gar keinen Fall den Kriegsfall neu definieren. Dagegen gibt es auch sehr ernsthafte verfassungsrechtliche Bedenken. Herr Schäuble weiß im Übrigen auch, dass er keine Chance hat. Er hat nicht mal in seiner Fraktion dafür einen festen Rückhalt.